

xiert, da aber die nichtkörperlichen Eigenschaften äußerlich beeinflussbar sind, offenbaren sich die Wirkungen und Folgen z. B. in der Pisa-Studie als Volksverdummung größten Ausmaßes.

Die ethischen Verkommenheiten, die sich nach 1918 und seit 1945 auf allen Gebieten ausgebreitet haben und mit der Umerziehung, ersonnen von Hintergrundmächten, ausgeführt von Besatzungsmächten und weitergeführt von deutschen Handlangern, sind die Folge der in den westlichen Demokratien herrschenden Ideologien des Liberalismus. Diese entstanden als Zwillingsbrüder des Marxismus aus der westlichen Aufklärung und sind in ähnlicher Weise wie der Marxismus wissenschaftlich falsch. Marxismus, Sozialismus und Kapitalismus sind nur scheinbar Gegensätze. Sie haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung, die genau besehen aber nur eine Scheinaufklärung ist. *„Die massengesellschaftlichen Systeme des Kommunismus und Kapitalismus sind identisch, verankert in den Dogmen der Aufklärung eines ideologischen Liberalismus, in der seelischen Entwurzelung der Völker. Eth- nozid beginnt mit dem Mischmasch der Nationalkulturen“* (Solschenizyn).

Die größten Denker des 20. Jahrhunderts waren keine Vertreter dieser Richtungen. *„Sie standen jenen Richtungen nahe, die man sich angewöhnt hat, unter dem Namen „Faschismus“ abzuheften, wie den größten Lyriker Ezra Pound (dazu Weinheber), die größten Dichter Knut Hamsun und Gerhard Hauptmann, den größten Philosophen Martin Heidegger (dazu Nietzsche) und den größten Staatsrechtler Carl Schmitt“* (Pankraz, *Junge Freiheit*, 20.10.2000).

Ohne Kommentar soll hier Chruschtschow zitiert werden: *„Nicht der Mensch zählt, sondern der Dollar... Kapitalbedarf und Profit stehen dort im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, nicht Menschen. Die herrschenden Schichten schildern den sogenannten American Way of Life als Modell für die „Freie Welt“. Aber was für eine Freiheit ist das? Es ist die Freiheit auszubeuten... die Freiheit zu verhungern, die Freiheit, arbeitslos zu werden... - das bedeutet Freiheit für den Monopolkapitalismus, die arbeitenden Menschen zu unterdrücken, die Leute mit dem Zwei-Parteien-System an der*

*Nase herumzuführen und ihren Partnern in den militärischen Blöcken den eigenen Willen aufzuwingen. Eine solche Gesellschaft bereitet den Nährboden für Kriege*“ (Chruschtschow 1992, S. 475). Chruschtschow im Juni 1960 bei einer Rede vor der UNO: *„Sie werden uns infolge ihrer sittlichen Verkommenheit wie eine reife Pflaume in den Schoß fallen.“*

## **6 Deutschland und Mitteleuropa von 1933 bis 1938**

Aus der ersten Proklamation Hitlers an das deutsche Volk vom 1.2.1933: *„14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten“* ....*Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee... Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein... Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns\** (M. Domarus, 1988, Bd. 1, S. 193/4).

### **6.1 Die Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich ab 1933**

Nach dem Regierungsantritt am 30.1.1933 waren an Gold und in Devisen nur noch 83 Millionen vorhanden, die restlos zur Bezahlung von Auslandsschulden ausgegeben wurden. Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30.1.1933 verzichtete Hitler auf den ihm zustehenden Gehalt und die Aufwandsentschädigung. Hitler hatte weder bei seinen Reden noch bei seinen Proklamationen fremde Hilfe notwendig. Er lehnte sogar normale Referentenentwürfe für seine Regierungserklä-

rungen ab und verwendete grundsätzlich nur eigene Formulierungen (M. Dormarus, Bd. 1, S. 194). Anstatt der bisherigen Golddeckung der Währung wurde die Wertschöpfung der Produktion verwendet. Die Börsen wurden zur Verhinderung von Spekulation geschlossen. Da sofort vom Ausland ein Wirtschaftsboykott einsetzte und zur Einstellung von Devisenzahlungen an das Ausland führte, wurden Wirtschaftsverträge nur noch auf der Basis des deckungsgleichen Warenaustausches getroffen, was sofort zur Wirtschaftserholung in den betroffenen Staaten führte. Damit, mit der Abkehr von der Golddeckung der Währung, und mit der Umgestaltung der Arbeitsgesetzgebung, der Auflösung der Gewerkschaften und damit zur Beseitigung des marxistischen Klassenkampfes wurden der Einfluß der internationalen Hochfinanz und damit ihre Verdienstquellen ausgeschaltet. Das wurde von dieser sofort als beispielgebende Gefahr erkannt und führte mit ihrem Hintergrundeinfluß letztlich zum Krieg.

Die Arbeitslosenzahlen betrug Ende 1932 6,0 Millionen. Davon waren Millionen ausgesteuert, d. h. erhielten keine Arbeitslosenunterstützung mehr und mußten von ihren Familienangehörigen unterhalten werden. Durch Lohn- und Preisstop wurde die Inflationsgefahr gebannt.

Sofort ab 1933 setzte die Arbeitsbeschaffung ein, die bald das Wirtschaftswunder gegen die noch anhaltende Weltwirtschaftskrise zur Folge hatte. Diese klang erst ab, nachdem vor allem in den USA die seit dem Ersten Weltkrieg übermäßig aufgeblähte Rüstungsindustrie wieder angekurbelt worden war. Die Fa. Du Pont lieferte im gesamten ersten Weltkrieg 40 % der von den Alliierten verbrauchten Munition und vergrößerte dabei ihre Belegschaft von 5.000 auf 100.000. Seitdem ist in den USA nur noch dann ein Wirtschaftswohlstand vorhanden, wenn mit der Rüstung auch Kriege geführt werden.

Dieses deutsche Wirtschaftswunder wurde von der ganzen Welt, auch von Churchill, bewundert und fand nur mit deutschen Eigenmitteln ohne Hilfe aus dem Ausland statt.

1936 gab es noch 1,1 Millionen Arbeitslose und 1937 war die Vollbeschäftigung erreicht. 1938 fehlten bereits 1,1 Millionen Arbeitskräfte, aber erst in diesem Jahr setzte die Rü-

stung deutlich ein. Im Gegensatz dazu hatten die USA noch 1938 12 Millionen Arbeitslose, und das nach dem gewaltigen Einsatz von Roosevelts New Deal.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich (M. Klüver 1988, S. 279) betrug: in Millionen im Januar:

1933 1934 1935 1936 1937 Nov. 1938 6,0 3,8  
3,0 2,5 1,9 0,46

Die Ausgaben für Rüstung im Staatshaushalt (M. Klüver 1988, S. 280) waren:

Zeit	Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht	Gesamt-Ausgaben	Anteil an den Gesamt-Ausgaben	Volks einkommen	Anteil am Volkseinkommen
		in Mrd. RM	in v. H.	in Mrd. RM	in v. H.
1933/34	1,9	8,1	24	46,5	4
1934/35	1,9	10,4	18	52,8	4
1935/36	4,0	12,8	31	59,1	7
1936/37	5,8	15,8	37	65,8	9
1937/38	8,2	20,1	41	73,8	11
1938/39 <sup>1)</sup>	18,4	31,8	58	82,1	22

1) Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 555, S. 600. Hjalmar Schacht gibt in seinen Lebenserinnerungen für 1938/39 nur 11. Mrd. RM an.

1934 betrug die Rüstungsausgaben in % des Volkseinkommens in Großbritannien 3,0 %, in Frankreich (1932) 8,1 %, in Japan 8,4 % und in Rußland 9,0 %.

Zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem der Bau der Autobahnen nur ein Teil war, wurden von 1933 bis 1935 5,08 Milliarden RM bereitgestellt. Die Mittel dazu wurden nach Reichsminister Schacht von der Reichsbank an das Reich zu niedrigen Zinsen als „produktive Kreditschöpfung“

und durch die Vermehrung des Geldumlaufes um 400 Millionen RM aufgebracht. Das Winterhilfswerk erbrachte durch freiwillige Sammlungen für die Arbeitslosen mit *„Keiner soll hungern und frieren“* ab 1933/34 bis 1935/36 etwa je 360 Millionen RM und danach mehr.

Die Grundsätze der Wirtschaftspolitik waren - die heute herrschenden sind Spekulation und Profitmaximierung - nicht das Volk und die Wirtschaft sind für das Kapital da, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und diese dient dem Volk. Der Mensch und seine Arbeit als Leistung für die Volksgemeinschaft ist der Ausgangspunkt nicht aber die Ware Arbeitskraft des Liberalismus, was zum marxistischen Klassenkampf führte. Eigentum ist nicht Diebstahl wie in einem marxistischen Dogma, sondern Grundlage jeder Persönlichkeitsentfaltung. Aber das Eigentum verpflichtet gegenüber der Volksgemeinschaft. Die Sozialisierung von Betrieben wurde abgelehnt. Kein Staatsdiener und Abgeordneter durfte Aktien besitzen und in Aufsichtsräten sitzen. Die Leistung der Betriebsführung wurde anerkannt.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung waren der Straßenbau einschließlich der Autobahnen, der Wohnungsbau, die Erschließung von Eisenerzvorkommen, der Bau neuer Werke für synthetische Treibstoffe aus Kohle und für synthetische Textilfasern, Baumaßnahmen in Städten mit dem Gesetz der Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1936 sowie Ehestandsdarlehen, die „abgekündert“ werden konnten.

Am 2.5.1933 wurden die Gewerkschaften aufgelöst, die ein Träger des Klassenkampfes waren, und die Deutsche Arbeitsfront gegründet für Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter.

Aus der Verordnung vom 24.10.1934 (M. Klüver 1988, S. 287):

Wesen und Ziele der Deutschen Arbeitsfront

§ 1. Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust.

§ 2. Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volksgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körper-

lichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zu höchsten Leistungen befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet.

§ 7. Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verhältnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird.

Dazu kam die Sorge für die Mitglieder z. B. in der Urlaubsorganisation „*Kraft durch Freude*“ mit der deutsche Arbeiter in großen Schiffen bis zu den Urlaubszielen der Begüterten führen. Streiks gab es nicht mehr. Dazu kamen die von aller Welt bewunderten Sozialleistungen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Diese Sorge für die Menschen war ein Grund des Aushaltens im Reich und an der Front bis zuletzt. (M. Klüver, 1988).

Weil sich der Nationalsozialismus um Anschluß an den Stand der Wissenschaften besonders in der Biologie bemühte, hatte das Propagandaparolen wie „*Biologismus*“ und „*Darwinismus*“ zur Folge. Es gab aber keine Periode in der deutschen Geschichte, in der die sozial Schwachen derartig umsorgt wurden wie im Dritten Reich.

Demgegenüber wird die Weltwirtschaft heute beherrscht von den Prinzipien der Spekulation und Profitmaximierung unter dem Diktat eines hemmungs- und bindungslosen Liberalismus und Materialismus, die vor allem die Aktien- und Devisenbörsen beherrschen und international abgesichert sind durch das Abkommen von Bretton Woods von 1944, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Weltwirtschaftsorganisation WTO mit dem Ziel der Welt-herrschaft der Hochfinanz.

## *6.2 Die Innen und die Außenpolitik des Deutschen Reiches von 1933-1938*

Der Reichstag war nicht mehr arbeitsfähig. Hitler bat den Reichspräsidenten um Neuwahlen, die am 5.3.1933 stattfanden.

den. Unmittelbar zuvor, am 27.2., steckte der holländische Kommunist Marinus van der Lubbe, der inzwischen als Einzeltäter erkannt wurde, den Reichstag in Brand. Polizeiliche Ermittlungen hatten Hinweise auf geplante kommunistische Aufstände ergeben, ein direkter Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand wurde aber nie nachgewiesen. Umgekehrt verdächtigen die Kommunisten bis heute die SA, aber auch dieser Verdacht erwies sich als unbegründet. Bei einer Durchsuchung des Zentralsitzes der KPD im Liebknechtshaus fand man eine Liste mit den Namen von Politikern, die bei einer kommunistischen Revolution liquidiert werden sollten (F. v. Papen 1952, S. 303). Der Kampf auf der Straße tobte weiter.

Aufrufe zum Generalstreik und zum offenen Kampf mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats wurden massenhaft verteilt, Plakate geklebt und Losungen auf die Hauswände gemalt. Ernst Thälmann sprach im Berliner Sportpalast, und dieser Mann, auf dem die Hoffnungen der Weltrevolution ruhten, beschuldigte die Nationalsozialisten: „*Hitler, das bedeutet Krieg!*“. Das Ergebnis der Wahl, immerhin fielen 341 von 647 Sitzen des Reichstages an die NSDAP und die Deutschnationalen, bestätigte, daß „*die Mehrzahl des deutschen Volkes in einer starken autoritären Staatsführung* (die bis dahin nicht bestand, d. Verf.) *die einzige Möglichkeit sah, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden*“ (O. Meissner 1950, S. 280). Bereits am 31.1.1933 hatten von Papen und Staatssekretär O. Meissner der Reichsregierung Vorschläge für ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt. Dieses Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat wurde vom Reichstag am 23.3.1933 mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, nur die SPD stimmte dagegen. Auch der erste Präsident der BRD, Prof. Heuß, stimmte zu. Das Gesetz übertrug die Zuständigkeit der Gesetzgebung für vier Jahre neben dem Reichstag auf die Reichsregierung. Abgesehen von den Rechten des Reichspräsidenten und dem Bestehen von Reichstag und Reichsrat konnte die Reichsregierung von nun an Gesetze erlassen, und dies auch, wenn diese von der Verfassung abwichen.

Nach dem Antritt der Regierung Hitler wurden politische Prozesse angestrengt, die Beschuldigungen wurden

aber zumeist gerichtlich abgewiesen, so auch die gegen den Kölner Oberbürgermeister Adenauer. Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurden „Partei-buchbeamte“ meist mit voller Pension entlassen. Sie konnten ihr Fortkommen ungehindert in der freien Wirtschaft finden. Diese Säuberungen „überschritten nicht das Maß dessen, was auch in demokratischen Ländern bei einem Regimewechsel als Umstellung oder Revirement üblich ist. Sie war in keiner Weise mit dem zu vergleichen, was sich nach 1945 in Deutschland ereignet hat“ (F. Grimm, 1953, S. 71).

Der Großteil der internationalen Presse reagierte unverhältnismäßig scharf auf den Regierungsantritt Hitlers und wandte sich nun voll gegen das Reich. Die damals auflagenstärkste Zeitung der Welt, der Daily Express, veröffentlichte am 24.3.1933 eine jüdische Kriegserklärung: *„Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg... 14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen... in einem heiligen Krieg... Ganz Israel in der gesamten Welt schließt sich zusammen, um den Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Deutschland zu erklären... In Europa und Amerika sind Pläne zu einem Gegenschlag gegen das hitlerische Deutschland gereift“* (Siehe Anhang A5, Franz-Willing 1991, S. 32). Die Veröffentlichung war von S. Untermeyer (vgl. Kap. 17.3) veranlaßt worden. Der wirtschaftliche Boykott wurde am Samstag, den 1.4.1933, mit einem Boykott der jüdischen Geschäfte von 10.00 bis 13.00 Uhr im Reich beantwortet.

Bereits im gleichen Jahr erfolgte durch Untermeyer als Präsident der World Jewish Economic Federation die zweite Kriegserklärung mit einem Aufruf zum *„Heiligen Krieg gegen Deutschland“* am 5.8.1933 in einem Radiovortrag und am 7.8.1933 in der New York Times (H. Splittgerber 1996, S. 18). Am 8.9.1933 kam eine weitere Kriegserklärung durch den Präsidenten der Jewish Agency, Chaim Weizmann. Zahlreiche weitere jüdische Kriegserklärungen werden in dem Buch von H. Stern *Jüdische Kriegserklärungen*, München 1999, zitiert.

Das jüdisch geleitete Berliner Tageblatt schrieb am 1.4.1933: *„Deutschland wird von einer ungeheuren Schmutz-*



*welle umbrandet...* " (H. Splittgerber 1996, S. 20). Es wurden die schlimmsten Greuelgeschichten von Massenmorden u. a. mehr verbreitet. Die Mehrheit der jüdischen Führer in Deutschland wandte sich gegen diese Greuelpropaganda. Zur gleichen Zeit bemühte man sich im Deutschen Reich um die geregelte Auswanderung der Juden. Am 7.8.1933 wurde mit der Jewish Agency das Haavara-Abkommen geschlossen, das bis Ende 1937 80.000 Juden unter Mitnahme von Vermögen die Auswanderung nach Palästina ermöglichte. Ansiedlungsleiter wurden im Deutschen Reich ausgebildet.

Zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz im März 1933 legte der englische Premierminister MacDonald Vorschläge vor, die für Deutschland ein Landheer in der gleichen Größe wie für Polen, also begrenzt auf 200.000 Mann, vorsahen. Für die deutsche Delegation mußten solche Vorschläge unannehmbar sein. Ungeachtet dessen lehnte Hitler diese Vorschläge nicht ab, sondern führte sie in seiner Regierungserklärung am 17.3.1933 auf den für Deutschland entscheidenden Gleichbehandlungsgrundsatz zurück: *„Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird... Ferner wird die Deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf andere Staaten Anwendung findet“* (M. Domarus 1988, S. 276). Diese Erklärung wurde vom Reichstag einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD, gebilligt.

Am 17.5.1933 begründete Hitler seine Revisionspolitik vor dem Reichstag: *„...Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als... eine Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten vorzunehmen... Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen decken, um so mehr mußten damit eine große Reihe von künftigen Konfliktmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden... weil durch sie der Welt die Grundlagen für einen wirklichen Frieden gegeben worden wären...* (Nach 1945

verfuhren die Sieger noch wesentlich schlimmer als 1919.)... *Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen... Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform...* \*(M. Domarus 1988, S. 272).

Infolge der ablehnenden Haltung Frankreichs vertagte sich die Abrüstungskonferenz. Ein mittlerweile von Mussolini gemachter Vorschlag für einen Viererpakt, um wichtige Entscheidungen wie über die Abrüstung und die Regeln vorzubereiten, wurde auf französischen Einwand stark verwässert. Der Viererpakt wurde zwar am 7.6.1933 abgeschlossen, aber nicht mehr ratifiziert. Nach dem Wiedertzusammentritt der Abrüstungskonferenz am 14.10.1933 machte MacDonald Vorschläge, die für Deutschland weit hinter denen der Frühjahrskonferenz zurückblieben. Daraufhin erklärte die Reichsregierung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Eine Volksabstimmung erbrachte 92 % Zustimmung für die Regierungspolitik.

Deutschland versuchte am 18.12.1933 ein weiteres Mal, zu einer annehmbaren Regelung mit den Westmächten zu gelangen, und bot in einem Memorandum die Begrenzung des Heeres auf 300.000 Mann an. Auch dieser Vorschlag verfiel der Ablehnung durch Frankreich. Nach verschiedenen englischen Bemühungen scheiterte die Abrüstungskonferenz endgültig, als sich die Franzosen mit einer Note vom 17.4.1934 weigerten, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen. Das Scheitern der Konferenz hatte sofort Beschlüsse zur Aufrüstung zur Folge, in den USA zur Vergrößerung der Flotte um 360.000 BRT, in England zum Aufbau von 42 Luftgeschwadern, in Polen zur Einführung der Wehrdienstpflicht. Lloyd George kommentierte diese Entwicklung in einer Unterhausrede am 29.11.1934 mit den bitteren Worten: *„Die Signatarmächte des Versailler Vertrages versprachen den Deutschen feierlich, man würde abrüsten,*

*wenn Deutschland mit der Abrüstung voran gehe. Vierzehn Jahre hat Deutschland nun auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet... Können wir uns dann wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden*

Unmittelbar nach dem Abschluß des Versailler Vertrages hatte Frankreich damit begonnen, das militärische Bündnisystem der kleinen Entente aufzubauen. In diese begonnene erneute Einkreisung Deutschlands wurde am 9.1.1934 durch den auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt, der sich ausdrücklich auf den Kellogg-Pakt von 1928 bezog, eine wichtige Bresche geschlagen. Polen hatte sich zu diesem Vertrag erst bereitgefunden, nachdem es in Paris abschlägig beschieden worden war, als es um französischen Beistand bei der Führung eines Präventivkrieges gegen Deutschland nachsuchte. Deutschland verzichtete mit diesem Vertrag auf die Revision der mit Versailles diktierten Gebietsabtretungen und auf die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen, eine Entscheidung, die kein Politiker der Weimarer Republik jemals erwogen hatte und ernsthaft hätte erwägen können.

Am 2. August 1934 starb Hindenburg. Das Kabinett beschloß die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Dazu wurde zur Billigung eine Volksabstimmung vorgesehen. *„Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichkanzleramtes an sich mit den früheren Funktionen des Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Tief durchdrungen von der Überzeugung, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie (den Innenminister), den Beschluß des Kabinetts... unverzüglich dem deutschen Volk zur freien Abstimmung vorlegen zu lassen“* (M. Domarus 1, 1988, S. 431). Die Abstimmung am 18.8.1934 erbrachte 89,9 % Zustimmung.

Nach dem Tode Pilsudskis am 12.5.1935 setzten noch im gleichen Jahr englische Bemühungen ein, die die ursprünglich positive Einstellung Polens zum deutsch-polnischen

Nichtangriffspakt von 1934 zu verändern begannen. Rydz-Smigly, der Nachfolger von Marschall Josef Pilsudski, war seit jeher einseitig auf ein Zusammengehen mit Frankreich festgelegt, und Oberst Beck, den Pilsudski 1932 zum Außenminister gemacht hatte, vollzog diese Schwenkung nach der Rheinlandbesetzung im März 1936 mit.

Noch am Tage der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes, am 7.3.1936, überreichte der polnische Außenminister Beck dem französischen Botschafter eine Note mit der Erklärung, Polen werde Deutschland angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren (D. Hoggan 1976, S. 63).

Am 14.2.1935 hatte Hitler vorgeschlagen, die Verhandlungen über Sicherheits- und Rüstungsfragen mit England und Frankreich fortzusetzen. Im Jahr 1934 hatte die Tschechoslowakei die Wehrdienstzeit auf zwei Jahre erhöht. Aber erst eine von England am 1.3. beschlossene weitere Aufrüstung und die am 6.3. von Frankreich beschlossene Erhöhung der Wehrdienstzeit von einem auf zwei Jahre waren in Deutschland Anlaß zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit einjähriger Dienstzeit vom 16.3.1935. Die Westmächte bezeichneten die Verkündung der Wehrpflicht als einseitigen Bruch des Versailler Vertrages durch Deutschland und beschuldigten das Reich, den Abbruch der vorgeschlagenen Verhandlungen zu wollen. Daß die vorangegangenen Maßnahmen Frankreichs und auch Englands, die sich im Versailler Vertrag feierlich zur Abrüstung verpflichtet und den Deutschen erst 1932 Gleichbehandlung zugesichert hatten, bereits den Bruch des Vertrages bedeuteten, wird bis heute heruntergespielt. Im Grunde hatten die Signatarmächte damit, daß sie die Abrüstungsverpflichtungen umgingen, den Versailler Vertrag als Friedensvertrag selbst ad absurdum geführt. Was blieb, war das Diktat, das es für Deutschland aufzuheben galt.

Im Jahr darauf gelang es nach Verhandlungen des Sonderbotschafters v. Ribbentrop, mit England eine Übereinkunft über ein Flottenabkommen zu erzielen. Der am 18.5.1935 geschlossene Vertrag legte die Höchststärke der deutschen Flotte mit 35 % der englischen fest. Mit diesem Abkommen wurde das Versailler Diktat in einem wesentlichen Punkt re-

vidiert. Damit waren auch die Vorwürfe, die deutsche Aufrüstung würde einen Bruch des Versailler Vertrages darstellen, gegenstandslos geworden.

Am 2.5.1935 schloß Frankreich mit Rußland einen Beistandsvertrag ab, der militärische Eingriffe ohne vorherige Konsultation des Völkerbundes vorsah und nur gegen Deutschland gerichtet sein konnte. Zwei Wochen später schlossen Rußland und die Tschechoslowakei einen ebensolchen Vertrag ab, und sofort wurden dort 25 große Flugplätze geplant, die so lagen, daß Berlin, Mittel- und Süddeutschland in den Wirkungsbereich sowjetischer Bomber gerieten. In diesem Zusammenhang wurden Planungen bekannt, daß im Kriegsfall von Frankreich aus unter Nutzung der bis zum Rhein reichenden entmilitarisierten Zone sofort nach Böhmen durchgestoßen werden sollte. - Die darin liegenden Gefahren wurden im März 1939 durch die Besetzung der Tschechei nach dem Hitler-Hacha-Vertrag gebannt. - Diese Verträge konnten als Bruch des Locarno-Paktes angesehen werden, in dem sich die Mächte verpflichtet hatten, alle Friedensverletzungen vor den Völkerbund zu bringen. Hitler hatte noch vor der Ratifizierungsdebatte im französischen Parlament im Februar 1936 in einem Interview mit einem französischen Journalisten seine Friedensbemühungen betont. Auf die Frage, ob man ihm diese glauben dürfe, denn in Hitlers *Mein Kampf* könne man es anders lesen, antwortete Hitler: *„Als ich dieses Buch schrieb, war ich im Gefängnis. Es war die Zeit, als die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Es war im Augenblick der größten Spannungen zwischen unseren beiden Ländern... Ja, wir waren Feinde und ich stand zu meinem Lande, wie es sich gehört... Aber Sie wollen, daß ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller; der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt. Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker; meine Korrekturen nehme ich in meiner Außenpolitik vor, die auf Verständigung mit Frankreich abgestellt ist“* (P. Kleist 1952, S. 143). Die Veröffentlichung dieses Interviews wurde bis nach der Ratifizierung des Vertrages am 27.2.1936 verzögert.

Die Argumentation, Hitler hätte alle seine späteren Pläne und Zielsetzungen bereits vollständig in seinem Buch *Mein*

**Kampf** offengelegt, zieht sich bis heute nicht nur durch in- und ausländische Presseveröffentlichungen, sondern findet sich auch in der wissenschaftlichen Publizistik wieder. Sie erweist sich zumindestens in dem Punkt als äußerst problematisch, als die spätere Politik Hitlers von ihrer Verursachung her nicht auf den realen politischen Handlungsraum zurückgeführt wird, in dem diese Politik stattfand, sondern einem Programm zugeschrieben wird, das von Hitler bereits in *Mein Kampf* formuliert worden sei. Die Weltpresse und beamtete deutsche Historiker behaupten bis heute, daß der Begriff „**Lebensraum**“, so wie ihn Hitler in *Mein Kampf* verwendet, die Vorgabe für Eroberungskriege im Osten gewesen sei, möglicherweise wurde auch das umstrittene Hoßbachprotokoll zu der Ansprache Hitlers am 5.11.1937 (siehe Kap. 22) in diesem Sinne verändert. Nach Reichsaußenminister v. Neurath soll der Begriff „Lebensraum“ für Hitler vor allem „**Mittel für Lebensunterhalt, Rohstoffe usw., aber nicht Eroberung neuer Gebiete**“ bedeutet haben (Henderson an Foreign Office am 2.3.1938, in: D. Kunert 1984, S. 228,267). Das Wort Lebensraum muß vor allem im Hinblick auf die Annexionen der Provinzen Posen und Westpreußen durch das Versailler Diktat gesehen werden, die als landwirtschaftliche Überschußgebiete und infolge ihrer dünnen Besiedlung als Siedlungsgebiete Bedeutung hatten.

Die Bedeutung von *Mein Kampf* als Handlungsvorschrift wird sicher überschätzt. „**Nur bei weitschweifender Phantasie kann „Mein Kampf“ als Leitfaden für Hitlers spätere... Entscheidungen und Handlungen dienen... Weit davon entfernt, sich auf doktrinaire... Prinzipien festzulegen... ließ sich Hitler... nur von einem Wegweiser leiten,... seine Revisionspolitik zu realisieren. An alle seine Handlungen legte er diesen Maßstab an**“ (D. Kunert 1986, S. 67). Schon eher hat sich Hitler an den Grundsatz gehalten: „**Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein?... Das Ziel einer deutschen Außenpolitik von heute hat die Vorbereitung zur Wiedererringung der Freiheit von morgen zu sein**“ (Hitler, *Mein Kampf*, 840. Aufl., S. 687).

Die Politik Hitlers wurde von der Mehrheit der Deutschen getragen. Nachdem er 1936 Deutschland besucht hatte,

schrieb Sefton Delmer, (später Leiter der Kriegspropaganda Englands im Zweiten Weltkrieg): „ *Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das Strahlen einer verliebten Frau. Und die Deutschen waren verliebt - verliebt in Hitler. Sie beteten seine feste, rücksichtslose Herrschaft an... Und sie hatten auch allerhand Grund zur Dankbarkeit. Hitler hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte seinen Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt.*“

Noch im Jahre 1938, ehe er von bestimmter Seite finanzielle Hilfe zur Tilgung seiner immerwährenden Schulden erhielt, schrieb Churchill in einem offenen Brief an Hitler in der Times am 7.11.1938: „*Sollte England in ein nationales Unglück geraten, das dem Unglück Deutschlands von 1918 vergleichbar ist, so werde ich Gott bitten, uns einen Mann zu senden von Ihrer Kraft des Willens und des Geistes*“ (H. Splittgerber 1996, S. 25).

Der Locarno-Pakt war aus deutscher Sicht mit dem bereits erwähnten französisch-russischen Vertrag erloschen. Mit dieser Begründung wurde die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes am 7.3.1936 durch deutsche Truppen in der symbolischen Stärke von drei Bataillonen besetzt. Gleichzeitig machte Hitler eine Reihe von Vorschlägen u. a. für Nichtangriffspakte mit Österreich und der Tschechoslowakei, die abgelehnt wurden, für sonstige Verträge unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung und für den Wiedereintritt in den Völkerbund. Während in Deutschland eine Volksabstimmung über diese Politik 98 % Zustimmung erbrachte, verstärkte die Presse der westlichen Großmächte ihre Angriffe auf Deutschland und unternahm dabei alles nur Mögliche, um eigenes Unrecht und die eigenen Vertragsbrüche aus dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu verdrängen. Wiederum wurden die Deutschen als diejenigen hingestellt, die ohne jede Rechtsgrundlage Vertragsbruch um Vertragsbruch begingen.

Dem setzte Hitler einen umfassenden Friedensplan entgegen, den er in einem Memorandum vom 31.3.1936 in den Grundzügen umriß. Er enthielt Vorschläge zu allgemeinen

Rüstungsbeschränkungen und besonderen militärischen Beschränkungen an der Westgrenze wieder unter der Voraussetzung der Gleichbehandlung, sodann zum Verbot des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung und zu Verboten schwerster Angriffswaffen sowie zur Unterlassung verständigungsfeindlicher und friedensgefährdender Pressehetze. Verhandlungen darüber kamen nicht mehr in Gang, die massive Pressepropaganda mit ihrer Zielrichtung, Furcht vor Deutschland zu wecken und Mißtrauen zu säen, trug daran ein gerüttelt Maß Schuld.

Im Jahre 1932 waren die Bemühungen des Reichskanzlers von Papen, den Art. 231 des Versailler Vertrages zu streichen, am Widerstand Frankreichs gescheitert. Nachdem von der Reichsregierung veranlaßte Untersuchungen die Haltlosigkeit der alleinigen Kriegsschuldzuweisung ergeben hatten, war es Reichspräsident v. Hindenburg gewesen, der diese als deutsches Staatsoberhaupt bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18.9.1927 erstmals öffentlich zurückwies. In seiner Reichstagsrede vom 30.1.1937 widerrief Hitler endgültig die bei der Unterzeichnung erzwungene Anerkennung des Art. 231 des Versailler Vertrages. Einsprüche der Westmächte erfolgten nicht.

Sofort nach dem Dienstantritt Chamberlains als Premierminister wurde im Sommer 1937 ein großes Aufrüstungsprogramm beschlossen, das infolge des deutsch-britischen Flottenabkommens die Luftrüstung in den Vordergrund stellte (A. v. Ribbentrop 1963, S. 73). Schon zu dieser Zeit, also noch vor den Gebietsveränderungen, hatte sich England entschieden, wie an den Anweisungen Chamberlains zum Dienstbeginn seines persönlichen Botschafters Henderson in Berlin sichtbar wird: *doch wesentlich sei, daß die britische Wiederaufrüstung unnachsichtig verfolgt werde, weil der Hitler-Regierung gegenüber kein anderes Argument zähle als das der Macht\** (A. v. Ribbentrop 1967, S. 18). Bereits am 6.6.1934 hatte er in seinem Tagebuch notiert: *„Wir können uns nicht auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland gleichzeitig vorbereiten, das Letzte ist das Problem, auf das wir uns konzentrieren müssen“* (K. Feiling 1946, S. 253). Während das abgerüstete Deutschland, das kei-



ne Luftwaffe und keine Panzer besaß, einen Nachholbedarf für seine Sicherheit hatte, dachten die Sieger nicht daran, ihren mit dem Versailler Vertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, und nutzten die Deutschland zugestandene militärische Gleichberechtigung zur eigenen Aufrüstung.

In einer Versammlung sagte Hitler 1935 zur Aufrüstung der Sieger von 1918: *„Eine mittlere Granate kostet 3.500 Mark. Ein kleines Eigenheim für eine Arbeiterfamilie kostet auch 3.500 Mark. Wenn ich aufrüste, brauche ich mindestens 10 Millionen Granaten. Sie werden dann in den Arsenalen liegen, und niemand wird mir dafür dankbar sein. Wenn ich aber 10 Millionen Arbeiterwohnungen baue, werde ich mir den Dank des Großteils meines Volkes sichern. Wie sollte ich da nicht wünschen, daß die anderen abrüsten, um mir die Aufrüstung zu ersparen? Aber inmitten eines bis an die Zähne bewaffneten Europas kann Deutschland nicht unbewaffnet bleiben\** (O. Abetz, 1951).

Um der mit dem französisch-russischen Pakt drohenden Einkreisung entgegentreten zu können, wurde am 25.11.1936 mit Japan der Antikominternpakt geschlossen, dem Italien 1937 beitrug.

Halifax besuchte als Lordsiegelbewahrer am 19.11.1937 Hitler und sagte im Namen der englischen Regierung, daß Änderungen in Europa wahrscheinlich seien. Dazu gehörten: *„Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden“*, dabei bezeichnete er Deutschland als Bollwerk gegen den Bolschewismus (A. v. Ribbentrop 1967, S. 22). Das bedeutete die englische Zustimmung zur Revision der 1919 festgelegten Grenzen, nachdem die Kündigung der Kriegsschuldfrage des Art. 231 hingenommen sowie das Ende der Reparationen und die militärische Gleichbehandlung Deutschlands beschlossen worden waren. Die Revision hätte also auf friedlichem Wege zu Ende gebracht werden können - möchte man meinen.

Um zu erkunden, *„wie die Chancen, noch zu einer Verständigung zu kommen“*, stehen, wurde v. Ribbentrop als

Botschafter nach London geschickt. In seinem Londoner Abschlußbericht vom 2.1.1938, dessen vorausgehender Teil „*Hauptbericht vom 28. 12. 1937*“ bis Ende der 60er Jahre verschollen war, faßte v. Ribbentrop zusammen:

1. *England ist mit seinen Rüstungen im Rückstand, daher spielt es auf Zeitgewinn.*
2. *England glaubt, daß bei Wettlauf mit Deutschland die Zeit für England arbeitet...*
3. *Halifax-Besuch ist daher als Erkundungs- und Verschleierungsmanöver anzusehen...*
4. *England und sein Premierminister sehen m. E. nach dem Halifaxbesuch keine ihnen erscheinende Basis einer Einigung mit Deutschland...*
5. *Chamberlain hat nur Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann... Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung, England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen“* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 125).

Dieser Abschlußbericht gab den Ausschlag für die Ernennung v. Ribbentrops zum Reichsaußenminister im Februar 1938.

Diese, wie es sich dann bestätigte, richtigen Erkenntnisse v. Ribbentrops sind möglicherweise bei den schnellen Reaktionen Hitlers von Einfluß gewesen, als sich die drei Probleme Österreich, Sudetenland und Resttschechei ohne deutsches Verschulden zuspitzten.

Eine Folge der Diktate von Versailles und St. Germain war, daß die bereits 1918 und 1919 von Nationalversammlung und Regierung beschlossene Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verhindert wurde und sich selbst die Errichtung einer Zollunion, auch nach Anruf des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag im Jahre 1931, als nicht durchsetzbar erwies. Folgerichtig mußte einer der nächsten Schritte zur Revision dieser Diktate darin bestehen, eine zwischenstaatliche Regelung zwischen Österreich und Deutschland herbeizuführen, die dem in den Verfassungen

beider Republiken verankerten Vereinigungsauftrag „*Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik*“ - „*Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat*“ möglichst nahekommen würde.

Österreichs innenpolitische Situation war inzwischen immer schwieriger geworden. Vor der Dollfuß- und Schuschnigg-Diktatur waren bereits 40.000 Österreicher nach Deutschland geflüchtet, und Dollfuß war ermordet worden. Revolten und Aufstände hatten schon mehrere tausend Tote gekostet, und die Lager für politisch Inhaftierte füllten sich nicht nur mit Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, sondern auch mit Angehörigen der anderen verbotenen Parteien. Vor diesem Hintergrund trafen sich nach Vorgesprächen, die der deutsche Botschafter in Wien, von Papen, geführt hatte, Schuschnigg und Hitler am 12.2.1938 in Berchtesgaden und schlossen ein Übereinkommen zur Befriedung der gegenseitigen Beziehungen mit folgenden Hauptpunkten: der parteilose Seyß-Inquart wird in die Regierung aufgenommen, Nationalsozialisten erhalten die Möglichkeit der Mitarbeit in der Vaterländischen Front, eine allgemeine Amnestie wird erlassen und Deutschland enthält sich jeder Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten. Über eine staatliche Vereinigung und die Wiederzulassung der NSDAP wurde nicht gesprochen. Noch am 6.3. erklärte Schuschnigg über den Rundfunk: „*Unser Land ist ein deutsches Land, das Bekenntnis zur deutschen Schicksalsgemeinschaft geht niemanden in Österreich schwer über die Lippen. Die deutsche Nation ist aber kein Verein, in den man eintreten und aus dem man austreten kann... sondern eine Schicksalsgemeinschaft mit einer historisch gewachsenen, am völkischen Charakter seiner Zugehörigkeit zu der heiligen blutgetränkten Heimaterde bestimmten inneren Organisation und Sendung*“ (Schuschnigg 1996).

Während Hitler noch in der Reichstagsrede am 20.2. erfreut von der Befriedigungsaktion sprach, sah sich Schuschnigg starkem französischem und englischem Druck ausgesetzt, und die Presse sprach vom „*Ultimatum von Berchtesgaden*“. Schuschnigg mußte sich zum Kurswechsel ent-

schließen und ordnete überhastet am 9.3. für den 12.3. eine Volksabstimmung an, zu der es nicht einmal Wählerlisten gab. Nachdem ein dringlicher Vorschlag des Ministers Seyß-Inquart, die Abstimmung zu verschieben, von Schuschnigg abgelehnt worden war, begannen sich die Ereignisse zu überstürzen. Daß diese Entwicklung nicht vom Deutschen Reich geplant war, sieht man schon daran, daß sich der deutsche Sondergesandte und gerade ernannte Außenminister von Ribbentrop bei seinen Abschiedsbesuchen in London befand. Zudem mußte mit innerösterreichischen bürgerkriegsähnlichen Zuständen gerechnet werden, denn Schuschnigg hatte Verbindung mit bisher verbotenen linken Organisationen aufgenommen, an die auch Waffen ausgegeben wurden. Übrigens spielte die erklärte Absicht Frankreichs, militärisch einzugreifen - unterstrichen durch den Ausspruch des Oberbefehlshabers Gamelin: **„Die Tschechoslowakei mit ihren 700.000 Mann hätte uns kaum im Stich gelassen“** - nicht nur bei der Kehrtwendung Schuschniggs eine entscheidende Rolle. Sie hatten einen mindestens ebenso großen Einfluß auf den Entschluß Hitlers zum Einmarsch der Wehrmacht. Als Hitler am Abend des 10.3. die Generäle kommen ließ, stellte sich heraus, daß für einen Eingriff in Österreich keinerlei Planungen Vorlagen. Trotzdem wurde die Bereitstellung der Truppen sofort befohlen.

Noch am 11.3. hielt Hitler daran fest, das Österreichproblem mit Schuschnigg auf dem Verhandlungswege zu regeln. Das österreichische Außenministerium hatte auf seine Hilferufe an Paris und London die Antwort erhalten, England und Frankreich würden sich nur dann zu einem Krieg - zu dem Sowjetrußland sofort bereit sei - entschließen, wenn sich Italien beteiligen würde. Am 11.3. empfahl der nach Wien gesandte deutsche Staatssekretär Keppler dem österreichischen Bundespräsidenten, Schuschnigg zu entlassen und Seyß-Inquart mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen (O. Meissner 1950, S. 450) Nach Telefonaten von Göring mit Wien trat dann am Nachmittag des 11.3. die Regierung Schuschnigg bis auf Seyß-Inquart zurück. Am gleichen Tag brachen in der Steiermark und in Kärnten nationalsozialistische Revolutionen aus, die noch

am 11.3. unblutig und ohne auf Widerstand zu treffen, zur Besetzung der Landesregierungen führten. Seyß-Inquart billigte um 21.45 Uhr ein Telegramm Kepplers nach Berlin mit der Bitte um baldige Entsendung deutscher Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Hitler Unterzeichnete den Einmarschbefehl um 20.45 Uhr (W. Post 2003). Bereits bei der Ernennung Seyß-Inquarts zum Nachfolger Schuschnigg durch den Bundespräsidenten um 21.00 Uhr trugen die Regierungsbeamten Hakenkreuzbinden.<sup>6</sup>

Der Einmarsch selbst, für den als wichtigstes Operationsziel die Besetzung der Grenze zur Tschechoslowakei befohlen wurde, mußte völlig improvisiert werden und fand z. T. ohne Mitführung von Munition statt. Am 14.3. teilte Benesch dem englischen General Spears zwar mit, daß ihm die Russen am Vortage Hilfe durch mindestens 1.000 Flugzeuge zugesagt hatten und daß seine Flugplätze bereit wären, sie aufzunehmen (D. Irving 1990, S. 94). Militärische Gegenmaßnahmen des Auslandes blieben jedoch aus, weil die italienische Regierung nicht bereit war, dem französischen Ersuchen auf Vereinbarung einer gemeinsamen Aktion zu folgen, und in Paris am 10.3.1938 eine Regierungskrise ausbrach.

Der Einmarsch der deutschen Truppen war von orkanartigen Begeisterungstürmen der österreichischen Bevölkerung begleitet, die meisten Straßen waren bereits mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, und die Menge brach immer wieder in den Ruf „*ein Volk, ein Reich, ein Führer*“ aus. Hitler entschloß sich offensichtlich erst am 12.3. in Linz zur sofortigen Vereinigung Österreichs mit dem Reich. Am Vorabend hatte er den Innenminister Frick noch beauftragt, juristische Möglichkeiten einer Personalunion der Staatsoberhäupter beider Staaten zu finden (H. Sündermann 1970, S. 180). Nachdem die deutschen Truppen wieder zurückgenommen worden waren, fand am 10.4. die Volksab-

**6 Für den Ablauf der entscheidenden Stunden des 11.3. in Berlin werden von den Beteiligten O. Meissner 1950, F. v. Papen 1952 und H. Sündermann 1964 abweichende Darstellungen gegeben.**

Stimmung über die Vereinigung statt, mit der die Österreicher endlich ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen konnten, die mehr als 99 % Zustimmung fand. Nicht nur Kardinal Innitzer und der erste Kanzler Österreichs 1918, der Sozialdemokrat Karl Renner, forderten auf, mit Ja zu stimmen. Allen voran die französische Presse bezeichnete den Anschluß Österreichs sofort als erneuten Bruch der Verträge von Versailles und St. Germain. Das IMT Nürnberg ging noch wesentlich weiter und bewertete den Anschluß als „*vorgeplante Angriffsmaßnahme... zur Förderung... von Angriffskriegen*“, womit die Handhabe gegeben war, Seyß-Inquart zum Tode zu verurteilen.

Am 15.3. fand auf dem Heldenplatz in Wien eine Kundgebung statt, in der Hitler vom Balkon der Hofburg aus sprach: „*Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich*“ (M. Domarus 1988, S. 824).

Die in der neueren europäischen Geschichte beispiellose Begeisterung wiederholte sich bei der Eingliederung des Sudetenlandes im Herbst 1938, und der Stadt Danzig im September 1939. Nach der Saarabstimmung 1935, 1955 und Jahre später kam es zu ähnlichen, um mit Habermas zu sprechen singulären Manifestationen des Volkswillens, als die Bevölkerung der DDR am 9.11.1989 mit dem Ruf „*Wir sind das Volk, wir sind ein Volk*“ ihrem Willen zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschland Ausdruck verlieh.

Eine weitere Revision der Verträge von 1919 bahnte sich inzwischen in der Tschechoslowakei an. Die Deutschen waren 1918 und 1919 gewaltsam in diesen Staat gezwungen worden.

Die Tschechei unterdrückte die Sudetendeutschen mittels Enteignung von Grundbesitz, durch Maßnahmen gegen ihre Schulen, ihre kulturellen Einrichtungen sowie ihre Industrie und siedelte planmäßig Tschechen in bisher rein deutschsprachigem Gebiet an. Bezeichnend ist, daß die Sudetendeutschen einen Bevölkerungsanteil von 3,2 Millionen an den 13,6 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei hatten, aber einen Anteil von 500.000 Arbeitslosen an den 800.000 des Gesamtstaates stellten.

Die Entwicklung begann sich überstürzen, nachdem die Tschechen 1936 ein Staatsverteidigungsgesetz erlassen hatten, das die Verfassung praktisch außer Kraft setzte und in den Grenzzonen, den Wohngebieten der Deutschen, einen ständigen Ausnahmezustand schuf. Im Jahre 1935 war die Sudetendeutsche Partei gegründet worden. Während eines Besuches Henleins in Berlin am 28.3.1938 hatte sich Hitler sehr zurückgehalten und betont, es sei nicht Aufgabe der Reichsregierung, ihm - Henlein - Anregungen zu geben, welche Forderungen gegenüber der tschechischen Regierung zu stellen seien.

Bei den Parlamentswahlen am 19.5.1935 errang die SDP 90 % aller sudetendeutschen Stimmen und wurde im Prager Parlament die stärkste Partei.

Am 24.4.1938 wurde von der SDP das Karlsbader Programm verkündet mit den folgenden acht Punkten:

1. Vollständige Gleichstellung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk.
2. Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit.
3. Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.
4. Ausbau der deutschen Selbstverwaltung.
5. Gesetzlicher Schutz für jene Deutschen, die außerhalb des geschlossenen Gebietes ihres Volkes leben.
6. Beseitigung und Wiedergutmachung allen Unrechts, das dem sudetendeutschen Volke seit dem Jahre 1918 zugefügt worden ist.
7. Anerkennung und Durchführung der Grundsätze: im deutschen Gebiet deutsche öffentlichen Angestellte.
8. Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volk und zur deutschen Weltanschauung.

Das waren noch keine Forderungen nach staatlicher Autonomie, wie fälschlich vielfach behauptet wird. Darauf antwortete der Führer der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechei Wenzel Jaksch - die SPT war an der Regierung beteiligt - am 30.5.1938: **„Erstens muß die Legende zerstört werden, daß die Anhänger Henleins Unterdrückte sind. Sie sind teils aktive, teils verhinderte Unterdrücker und Terroristen... Zweitens: Henlein ist vor der europäischen Öffentlich-**

*keit als Kriegsbrandstifter zu kennzeichnen... Drittens: Das Verdienst der Tschechoslowakei um die Rettung des europäischen Friedens muß mit größtem Nachdruck unterstrichen werden*“ (S. Egel 2003).

Mit Bezug auf Meldungen über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen an den tschechischen Grenzen befahl Benesch am 20.5.1938 eine Teilmobilisierung. Diese Meldungen waren von den Tschechen frei erfunden worden, auf ihre Verbreitung durch den deutschen Widerstand und die sog. Maikrise wird im Kapitel 12 zurückzukommen sein. Zu dieser Zeit hielten sich im Rahmen der tschechischen Bündnisverträge mit Frankreich und der UdSSR sowjetische Generalstäbler sowie Geschwader der sowjetischen Luftwaffe in der Tschechei auf (H. Barnes 1961). Die sowjetische Regierung war bereit, ihre Truppen auf ein tschechisches Hilfsersuchen hin durch Polen und Rumänien - auch ohne Zustimmung dieser Staaten - marschieren zu lassen. Der französische Militärattache muß über diese Sachlage informiert gewesen sein, denn er nahm an den wöchentlichen Militärbesprechungen in Prag teil.

Schon Mitte Mai 1938 - ehe Hitler irgendwelche Forderungen bezüglich der Sudetendeutschen gestellt hatte - brachte die New York Times eine Meldung, daß es nach Chamberlain der beste Weg sei, die sudetendeutschen Gebiete vom tschechischen Staat loszutrennen und dem Deutschen Reich einzuverleiben.

Hitler erteilte am 21.5.1938 eine Weisung, die besagte, daß *„es nicht seine Absicht sei, in der nächsten Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen“* (U. Walendy 1965, S. 95).

Die Weltpresse kommentierte diese Haltung überwiegend so, daß Hitler vor den Forderungen der Westmächte zurückgewichen sei. Am 30.5. Unterzeichnete Hitler dann die für den Fall des Zweifrontenkrieges am 24.6.1937 erlassene Weisung *„Grün“* mit folgendem Zusatz: *„Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen“*, den man als Reaktion auf die noch zu behandelnden militärischen Beistandspakte zwischen Frankreich, der Sowjetunion und der hochgerüsteten Tschechoslowakei ansehen kann. Dieser



Zusatz zur Weisung „ *Grün*“ wird von vielen Autoren als Beweis für deutsche Angriffsabsichten in der Herbstkrise angeführt. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß ein solcher Entschluß bei der Herbstkrise eine Rolle spielte, da sich Hitler am 12.9. und am 15.9. und während der Verhandlungen verpflichtete, von militärischen Aktionen gegen die Tschechei abzusehen, und diese Verpflichtungen auch einhielt.

Die dann zur Besetzung bereitgestellten sieben deutschen Divisionen hätten in einem Kriegsfall kaum etwas gegen die 43 tschechischen Divisionen ausrichten können.

In seiner Rede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg am 12.9. führte Hitler mit Bezug auf die Deutschen in der Tschechoslowakei aus: „...*Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt... aber ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3 1/2 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt... Ich bin keineswegs gewillt, hier im Herzen Deutschlands durch die Tüchtigkeit anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen. Die armen Araber sind wehrlos und vielleicht verlassen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen*“ (M. Domarus 1988, S. 904).

Infolge der tschechischen Teilmobilisierung flohen zunächst vor allem wehrdienstpflichtige Deutsche in das Reich. Dort wurde aus ihnen ein Freikorps gebildet.

Die englische Regierung erteilte Lord Runciman den Auftrag zur Erkundung der Verhältnisse in der Tschechei. Anfänglich vertrat Henlein gegenüber Runciman noch die Forderung nach Autonomie. Runciman regte Henlein an, Hitler aufzusuchen, was am 2.9. geschah. Erst nachdem sich die Lage durch Verhängung des Standrechtes, Versammlungsverbot und Massenverhaftungen von Deutschen verschärft hatte, erklärte Henlein in seinem Aufruf am 15.9. „ *Wir wollen heim ins Reich*. “ Daraufhin wurde am 16.9. die Sudetendeutsche Partei verboten. Insgesamt wurden etwa 20.000 verhaftete Sudetendeutsche in tschechische Lager eingewiesen. Einen Teil dieser Verschärfung hatte Lord Runciman noch in der Tschechei miterlebt, ehe er am 14.9. den Ab-

schlußbericht seiner Mission vorlegte, in dem es hieß: *„Für mich ist selbstverständlich, daß... die Grenzbezirke, in denen die Sudetendeutschen die klare Mehrheit haben, sofort das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht erhalten sollten. Wenn, wie ich glaube, Gebietsabtretungen unvermeidlich sind, so sollen sie rasch und ohne überflüssiges Zögern durchgeführt werden“* (E.

Kern 1988, S. 155). Schon am 3.6. war in der *Times* ein bemerkenswerter Artikel von Churchill erschienen, der die Anregung erhielt, *„... die Tschechoslowakei zu einem homogeneren Staat zu machen durch die Abtretung... des sudetendeutschen Grenzgebietes...“* (U. Walendy 1966, S. 76).

Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes war nach englischer Ansicht gleichbedeutend mit Gebietsabtretung.

Am 15.9.1938 sandte Benesch Minister Necas zu den Westmächten mit dem Angebot der Teilabtretung von 4.000 bis 6.000 Quadratkilometer Land und der Forderung nach Umsiedlung von 1,5 Millionen bis 2 Millionen Deutschen in das Reich.

Mit Kenntnis des Berichtes von Runciman flog Chamberlain am 15.9. nach München, um Hitler in Berchtesgaden zu treffen. Bei dieser Besprechung sagte Hitler Chamberlain zu, *„keinen Befehl zur Ingangsetzung des militärischen Apparats zu erlassen“* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 150), wenn das Selbstbestimmungsrecht auf die Sudetendeutschen angewandt würde. Am 19.9. griff der Jüdische Weltkongreß mit einem Schreiben an Chamberlain ein: *„Es ist unsere Pflicht, Sie von der zunehmenden Sorge zu unterrichten, die Millionen von Juden angesichts der deutschen Bemühungen, weitere, von Juden besiedelte Gebiete zu erwerben, haben.“* Später gab Chamberlain zu, daß während dieser Zeit *„die Juden starken Druck auf mich ausübten, um mich von jeder Abmachung mit dem Führer abzubringen“* (beide Zitate in: P. Rassinier 1990, S. 188). Nach Rücksprache Chamberlains mit Daladier forderte die englisch-französische Note vom 19.9. an Benesch die Abtretung der mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete. Die tschechische Regierung stimmte am 21.9. mit Vorbehalten zu. Mit dieser Zusage flog Chamberlain einen Tag später zur Fortsetzung der Gespräche wieder ohne sei-

nen Außenminister nach Godesberg. Dort drängte Hitler auf eine Volksabstimmung, was von Chamberlain jedoch abgelehnt wurde. Mit Hinweis auf die laufende Verschärfung der Lage durch die Tschechen forderte Hitler weiterhin die deutsche Besetzung der abzutretenden Gebiete bis zum 1.10. Er sicherte aber erneut zu, daß er nur eine friedliche Lösung wünsche und daß er keine militärischen Maßnahmen ergreifen werde. Während der Verhandlungen traf die Meldung ein, daß 12 Deutsche standrechtlich erschossen worden waren. Während der Kabinettsitzung am 22.9. sprach Halifax „vom ultimativen Ende des Nazismus, den er erleben möchte“ (Halifax 1991, S. 117.) Am 23.9. um 16.00 Uhr riet Halifax der tschechischen Regierung zur Generalmobilmachung. Während Chamberlain zur gleichen Zeit brieflich Hitler bat, während der Verhandlungen militärisch nichts zu unternehmen, telefonierte er mit dem englischen Botschafter Newton in Prag, den er Benesch mitteilen ließ, daß dieser die Generalmobilmachung verkünden könne. Chamberlain hoffte, damit dem deutschen Widerstand das Signal zum Umsturz gegeben zu haben. Kurz nach Fortsetzung der Besprechungen traf um 22.30 Uhr die Nachricht von der tschechischen Generalmobilmachung ein. Auf die Frage Chamberlains, ob diese Maßnahme Hitler zu Gegenmaßnahmen zwingen würde, antwortete Hitler „Nein, natürlich nicht“, er würde sich an seine Zusage halten, während der Verhandlungen die Tschechoslowakei nicht anzugreifen (A. v. Ribbentrop 1967, S. 168f.). Danach wurde ein deutsches Memorandum übergeben und erläutert. Es enthielt die Forderung nach Übergabe der von deutschen Mehrheiten bewohnten Gebiete am 1.10. ohne Abstimmung, was bereits ein Zugeständnis war, und verlangte eine Volksabstimmung in den restlichen in Frage kommenden Gebieten. Das Memorandum enthielt aber auch die erneute Zusicherung, keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen. Nach Rückkehr Chamberlains bezeichnete das englische Kabinett diese Forderungen am 24.9. als unannehmbar und mobilisierte zunächst die englische Flotte. Es ist bekannt, daß die vom deutschen Widerstand getroffenen Vorbereitungen, die bei dem für sicher gehaltenen Kriegsausbruch zum Sturz Hitlers führen sollten und

auf die im Kapitel 12 genauer einzugehen sein wird, bei den britischen Planungen Berücksichtigung fanden. Der vom Widerstand bereits für den 13.9. und dann für den 27.9. vorgesehene Putsch mit dem Ziel der Verhaftung Hitlers kam nicht zur Ausführung, weil Hitler entgegen den Voraussagen nicht militärisch gegen die Tschechei vorging und der erwartete Krieg ausblieb. Zum ersten Termin lag bereits die Zusage Chamberlains für einen Besuch bei Hitler vor, und der zweite fiel mit dem Telefonat Mussolinis über die Viererkonferenz zusammen.

Benesch lehnte das deutsche Memorandum ab. Nachdem in den letzten zehn Tagen etwa 214.000 Deutsche vor dem tschechischen Terror in das Reich geflüchtet waren, legte Hitler in seiner Rede am 26.9. im Sportpalast in Berlin seine Zugeständnisse bei den Verhandlungen mit Chamberlain in allen Punkten dar und forderte erneut zum 1.10. die Ausführung der bereits zwischen London und Prag beschlossenen Gebietsabtretung. Am 27.9. ließ die Prager Regierung 20.000 Deutsche als Geiseln verhaften.

Inzwischen hatte es ein Telefonat von Mussolini gegeben, der eine Konferenz der europäischen großen Vier für den 29.9. in München vorschlug. Der Vorschlag wurde angenommen. Auf der Konferenz wurde aber nur beschlossen, was bereits am 15.9. und 21.9.1938 zwischen Prag, London und Paris vereinbart worden war. Die Präambel lautete: *„Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung ... übereingekommen* (H. Rönnefarth 1979, S. 155).

In Art. 2 wurde ohne das Deutsche Reich beschlossen: *„Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebietes bis zum 10. Oktober vollzogen sein wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen...“* Die Times schrieb am 3.10., der Münchener Vertrag sei *\* die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschböhmen, 20 Jahre später, aber hoffentlich nicht zu spät“.*

Hitler ließ seine Forderung nach einer Volksabstimmung in dem Moment fallen, als sie von England und Frankreich endgültig abgelehnt wurde. Die schrittweise Räumung wurde für den Zeitraum vom 1. bis 10.10. festgelegt. Die deutsche Garantie für die Resttschechei sollte festgeschrieben werden, sobald sich diese aus ihren Militärbündnissen gelöst hatte. Der Vorwurf der westlichen Welt, Hitler habe später seine Münchener Garantieverprechen gebrochen, ist unrichtig, da eine Garantie letztlich auch von den Westmächten und Italien nicht ausgesprochen wurde und die Tschechei sich nicht aus ihren Militärbündnissen gelöst hatte (A. v. Ribbentrop 1967, S. 209).

Die Konferenz von München war die letzte, in der europäische Staatsmänner allein zusammensaßen. Sie war der Beweis, daß es in Europa möglich war, durch Verhandlungen das Versailler Diktat zu revidieren. Bei der Volksabstimmung über den Anschluß des Sudetenlandes am 4.12.1938 stimmten dort mit besonderem Stimmzettel von den Tschechen, die für das Reich optiert hatten, 118.206 mit Ja und 24.455 mit Nein (Bundesarchiv Koblenz R 43 11/1368, Vorläufige Ergebnisse der Reichstagswahl am 4.12.1938).

Diese friedliche Lösung war nur deshalb möglich, weil Chamberlain die englischen Rüstungen für einen Krieg gegen Deutschland für noch nicht ausreichend ansah; er schrieb: *„... den Krieg mit Deutschland zu beginnen. Daran konnten wir nicht denken, solange wir keine vernünftige Aussicht hatten, es in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen, und ich sehe keine solche Aussicht. Deshalb habe ich jeden Gedanken aufgegeben, der Tschechoslowakei Garantien zu geben“* (K. Feiling 1946, S. 347).

Churchill kommentierte am 16.10.: *„Die tschechoslowakische Republik war der demokratischste Musterstaat in Mitteleuropa, in dem die Minderheiten besser behandelt wurden als woanders“* (H. Bernhardt 1988, S. 222).

Kurz nach dem Münchener Abkommen sagte Chamberlain zu Daladier in einem abgehörten Telefongespräch: *„Er habe den Vertrag und die Friedens- und Freundschaftserklärungen nur deshalb unterschrieben, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen“* (O.-E. Remer 1989, S. 216). Das reiht

sich würdig vor Stalins Vertragsbruch am 23.8.1939, er habe Hitler überlistet (Kap. 15).

Ende 1938 war Chamberlain unter dem Druck der Weltpresse nach der Reichskristallnacht, den Falschmeldungen des Widerstandes und Hilfszusagen Roosevelts weiter von einer unabhängigen Politik des appeasement (Beruhigung) zurückgewichen. Roosevelt hatte am 14.11.1938 die Mittel für eine riesige Luftwaffe gefordert und erklärte am 31.1.1939, daß die Grenzen der USA am Rhein liegen.

Gleichzeitig mit der Billigung des Münchener Abkommens am 5.10. durch Großbritannien wurde vom Unterhaus ein gewaltiges Rüstungsprogramm angenommen, das den Bau von 1.000 Flugzeugen noch 1938, von 8.000 weiteren 1939 sowie die Verdoppelung des Wehretats auf 800 Millionen Pfund vorsah. Churchill sprach von einer Niederlage erster Ordnung.

Ihrer unzweifelhaften außenpolitischen Folgen halber soll hier noch eine bis heute weitgehend im Dunkeln gebliebene Kette von Vorfällen erwähnt werden. Am 7.11.1938 hatte ein gewisser Herschel Grynszpan in Paris einen deutschen Diplomaten angeschossen, der am 9.11. starb. Der vorbestrafte, aus Frankreich ausgewiesene und illegal dort lebende Grynszpan erhielt unmittelbar nach seiner Festnahme einen Anwalt der LICA (Ligue Internationale contre le Nacisme et l'Antisemitisme), die ab Januar 1933 über große Gelder verfügte. Ein maßgebender Mitarbeiter der LICA, B. Lecache, schrieb bereits am 9.11. in *Le droit de vivre*, Paris: „*Grünspan, Du bist freigesprochen: Sache der Jüdischen Weltliga ist es, die moralische und wirtschaftliche Blockade des Hitler-Deutschlands, den Boykott gegen die Henker zu organisieren. Sache der Jüdischen Weltliga' ist es, alle Grünspans der Welt, Juden, Neger, Mohammedaner und Christen zu verteidigen. Unsere Sache ist es, unversöhnliche Feinde Deutschlands und Italiens zu sein... Unsere Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nr. 1, erbarmungslos den Krieg zu erklären.*“ In der gleichen Zeitung schrieb Lecache am 18.11.1938: „*Es ist unsere Sache, die moralische und wirtschaftliche Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu vierteilen... Es ist unsere*

*Sache, endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken.*" (I. Weckert 1981).

Die nach Grynspans Mordtat in Deutschland folgenden Ausschreitungen, vor allem an Synagogen in deutschen Städten verübte Brandstiftungen, wurden von der Weltpresse auf der Stelle zur Verschärfung des Propagandafeldzuges gegen Deutschland ausgenutzt und hatten eine wesentliche Verschlechterung des diplomatischen Klimas zur Folge. Ohne daß ein unmittelbarer Zusammenhang nachweislich ist, wurde danach praktisch jede Verhandlung mit dem Deutschen Reich zu Fall gebracht. Die Schüsse hatten eine ähnliche Bedeutung wie die von Sarajevo 1914. Die obersten Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP, die in München am 9.11.1938 zur Feier des 9.11.1923 versammelt waren, reagierten auf die während der Feier eintreffenden Katastrophenmeldungen eindeutig. Von den Gauleitern und den Führungsspitzen der SA wurden sofort Gegenbefehle gegeben. Hitler: „... *dieser Wahnsinn...*“ und Goebbels nach der Rückkehr nach Berlin zum Polizeipräsidenten Graf Helldorf: *“Sooo kann man das Judenproblem nicht lösen. So nicht... Unsere Leute haben ein Dutzend Juden totgeschlagen, aber für dieses Dutzend müssen wir vielleicht einmal mit einer Million deutscher Soldaten bezahlen “* (I. Weckert 1981).

Der "Beauftragte des IMT Nürnberg gab hierzu zu Protokoll: *Betr. Judenfrage... bezeuge ich, daß mir 26.674 Erklärungen zur Bearbeitung... von ehemaligen Politischen Leitern aus den Internierungslagern... Vorgelegen haben. In diesen Erklärungen haben die Politischen Leiter versichert, daß innerhalb der NSDAP und des Kreises der Politischen Leiter weder öffentlich noch geheim die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gegen Juden (Pogrome) propagiert worden sei und sie selbst an Ausschreitungen gegen Juden, insbesondere in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 nicht beteiligt waren"* (IMT Nürnberg Bd. 52, S. 348).

Demgegenüber ist es interessant, daß zur „Reichskristallnacht“ beim IMT Nürnberg folgende problematische Dokumente vorgelegt wurden: Fernschreiben Müller vom 9.11. 23.55 Uhr, Bericht Heydrichs an Göring vom 11.11., Fernschreiben von Heydrich vom 10.11. 01.20 Uhr und die Er-

Klärungen von Schallermeyer vor dem IMT. Bei sehr spärlichen Prozessen nach dem Kriege in der Bundesrepublik - Kriegsverbrecherprozesse gab es deshalb nicht (!) - ergaben sich weitere ungeklärte Fragen um deren Beantwortung mehrere Autoren, darunter auch I. Weckert (1981) bemüht waren.

## 7 Die Deutschen in Polen

### *7.1 Polen bis 1933*

962 wurde in den Quellen zum ersten Male mit Dago I. ein Wikingergeschlecht genannt, das bei Oslo beheimatet war, kurz vorher die Herrschaft über den ostvandalischen Stamm der Polanen errungen hatte und seit Dago I. bis zum Aussterben 1370 fast nur deutsche Reichsfürstentöchter heiratete. Deshalb wird die Sprache des Hofes bald Deutsch gewesen sein. Die Daglinger waren das europäische Fürstengeschlecht mit der nächsten Verwandtschaft zu deutschen Kaisern. Nach den Polanen wurde ihr Reich später Polen genannt. Es gehörte im Mittelalter in wechselnder Bindung zum Deutschen Reich und zu dessen Kulturraum. Alle Städte Polens waren deutsche Gründungen nach Magdeburger Recht und hatten bis in das späte Mittelalter oft nur deutsche Einwohner. Kaiser Otto III. versuchte, den Daglinger Boleslav I. zum Mitregenten zu erheben. Um das Jahr 1000 wurde mit der Vergrößerung des Reiches der Daglinger der Sudetenkamm erreicht. Vorher war Schlesien im Besitz der böhmischen Herzöge, die seit 929 dem deutschen König lehenspflichtig waren. Schlesien gehörte also schon vor Entstehung des Daglinger Reichs zum Deutschen Reich und wurde zwischen 1000 und 1163 zeitweise vom böhmischen Herzog Bretislav wiedererobert. Ein Seitenzweig der Daglinger erhielt 1138 bei der Teilung ihres Reiches Schlesien, und 1163 wurden die Söhne Wladislaw des Vertriebenen durch Barbarossa gemeinsam als Regenten in Schlesien eingesetzt. Heinrich IV. aus dieser Linie empfing 1278 sein Herzog-